

Statt Milliarden für Aufrüstung: Geld für leistbares Wohnen, Gesundheit und Bildung!



Credits: Sozialistische Offensive

- **Gewerkschaften müssen für Reallohnsteigerungen kämpfen! Löhne rauf - Preise runter!**
- **Schluss mit Korruption - für eine neue Arbeiter/innenpartei die die Interessen von Arbeitnehmer/innen vertritt!**
- **Nein zu Krieg und Aufrüstung! Kein Vertrauen in Nato oder Putin!**
- **Kapitalismus schafft immer wieder Krisen - Schluss damit!**
- **Ursache von Krieg, Klimawandel und Co. beseitigen - Kapitalismus abschaffen!**
- **Wirtschaft demokratisch planen - für eine echte sozialistische Gesellschaft!**

Sozialistische Offensive

Mehr Geld für leistbares Wohnen und Gesundheit!

Von Laura Rafetseder, SO

Wir leben in einer immer instabiler werdenden Welt. Covid, Klima, Krieg und Krise. In der Zwischenzeit gehen in Österreich die Skandale um die ÖVP munter weiter - nur etwas im Hintergrund, da der Krieg in der Ukraine die Nachrichten dominiert. Die Regierung hält sich mehr schlecht als recht, fährt Zickzacks, wurschtelt weiter, hofft dass sie die Regierungsperiode übersteht. Sie ist immer wieder gezwungen zurück zu rudern oder nachzubessern - Impfpflicht, Covidmaßnahmen, Tests, Energiepaket. Das bedeutet, dass sie leichter zu Zugeständnissen gezwungen werden kann, wenn es Proteste oder Bewegungen gibt. Die Regierung hat hier bis jetzt nur kosmetische Maßnahmen umgesetzt - die Richtwertermieten hingegen werden per Verordnung um 5,8% angehoben. Der ÖGB und die Linke müssten die Schwäche der Regierung nutzen und Demonstrationen rund um das Thema Teuerung organisieren. Denn wenn das nicht passiert, wird das Terrain der FPÖ und MfG überlassen, die kein Problem haben das Thema zu besetzen.

Instabile wirtschaftliche Situation

Es ist die Teuerung, die besonders die Menschen mit geringem Einkommen im Moment eindringlich zu spüren bekommen. Die Krise wird auf ihrem Rücken ausgetragen. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Situation immer noch nicht auf Vor-Covid-Niveau und steht vor mehreren Unsicherheitsfaktoren. Die Tourismusindustrie leidet nach wie vor unter der unsicheren Situation in Bezug auf die Pandemie (vor allem der Kongresstourismus in Wien). Die Autoindustrie ist aufgrund fehlender Kabelbäume aus der Ukraine in Kurzarbeit. Zudem ist die österreichische Wirtschaft zu 80% abhängig von russischem Gas, besonders Papier, Chemie und Stahlindustrie. Die österreichischen Banken sind stark in Russland und Osteuropa engagiert.

Gleichzeitig hängt die Zulieferindustrie an Deutschland, wo eine Rezession droht, da Deutschland besonders vulnerabel gegenüber einer internationalen Rezession ist. Die EZB hat gerade entschieden aufgrund der unsicheren Situation die Leitzinsen auf Null zu belassen, aber das bedeutet, dass die Inflation vorerst anhalten wird. Wenn sie dann doch gezwungen sein sollte die Leitzinsen anzuhängen, könnte das Unternehmen, die bis jetzt durch Kredite am Leben erhalten wurden in die Pleite stoßen. Außerdem sind in Österreich 40% der Wohnkredite Variable-Zins-Kredite (EU-Schnitt: 14%), das bedeutet, jene die sich ein Haus gebaut oder Wohnung gekauft haben, sehen sich dann gestiegenen Zinsen gegenüber. Es kann auch eine Situation einer Stagflation geben mit zugleich steigender Arbeitslosigkeit und Inflation. Demgegenüber besitzen die zehn reichsten Österreicher/innen gemeinsam 55 Milliarden Euro. Etwas weniger als die Hälfte, nämlich 25 Milliarden besitzt allein Didi Mateschitz.

Welche Alternative zu Schwarz-Grün?

Im Moment ist die SPÖ im Aufwind aufgrund der Schwäche der Post-Kurz-ÖVP. Aber - wie die SPÖ auch in vergangenen Koalitionen bewiesen hat - auch sie wird keine grundlegend anderen Akzente setzen, da auch sie am Kapitalismus festhält. Falls es tatsächlich vor Ablauf der Regierungsperiode Wahlen geben sollte, ist eine Ampel nicht auszuschließen. Aber hier zeigt Deutschland, in welche Richtung eine solche gehen würde: Geld für Aufrüstung ist da, aber Luftfilter und PCR-Tests anzuschaffen war „utopisch“. Verteidigungsministerin Tanner hat gefordert das Verteidigungsbudget von 0,6% des BIPs auf 1,5% anzuheben - das wäre eine Erhöhung um 4 Milliarden auf 6 Milliarden. Das ist Geld das bei Gesundheit, Pflege und Bildung wesentlich besser aufgehoben wäre - investiert in höhere Löhne für das Personal und Personalaufstockung. Die SPÖ hatte sich Tanners ursprünglicher Forderung

nach einer Erhöhung auf 1% ohne zu zögern angeschlossen. Auf die Forderung von 1,5% hatte die SPÖ als Antwort nur, dass die Frage der „Streikkräfteentwicklung nicht beantwortet sei“ und eine Forderung nach „echten Investitionen“. Dass das Geld anderswo gebraucht würde, thematisiert die SPÖ nicht. Gleichzeitig fordern die Neos weitere Privatisierungs- und Liberalisierungsschritte im Gesundheitssystem - und das mitten in der Pandemie.

Neue Arbeiter/innenpartei aufbauen!

Der KPÖ-Graz ist es gelungen sich als Gegenpol zur etablierten Politik zu positionieren: Ihre Vertreter nehmen nicht mehr als einen Durchschnittslohn, wodurch sie sich von allen anderen Parteien unterscheiden, auch SPÖ und Grünen. Gleichzeitig wurden in Graz Mieten und Gebühren nicht angehoben. Das ist ein kleiner Ausblick was möglich wäre, wenn es eine bundesweite Kraft gebe, die wirklich die Interessen von Arbeitnehmer/innen vertritt. In Frankreich hat Melenchon nur knapp die Stichwahl verpasst während die Partie Socialiste nur wenige Prozente erhalten hat. Frankreich zeigt aber auch dass ein geeintes Auftreten der Linken nötig ist, um die extreme Rechte bzw. den Rechtspopulismus auf die Plätze zu verweisen. Die KPÖ Graz und Links sollten jetzt Schritte setzen in Richtung Aufbau einer neuen Arbeiter/innenpartei, denn wenn bereits Wahlen angekündigt sind, ist es zu spät dafür. Ein Schritt in diese Richtung wäre ein Bündnis verschiedener Kräfte, Organisationen oder Parteien die so zusammenarbeiten, dass diese Kräfte ihr Programm oder ihre Methoden nicht aufgeben müssen. Dadurch könnte über Forderungen und Programm debattiert werden, und darüber welche Lehren aus vergangenen Bewegungen gezogen werden können. Die Frage der Teuerung zeigt die Notwendigkeit, eine Bewegung aufzubauen, die einem solchen Bündnis eine reale Basis gibt.

Schluss mit der Aufrüstungsspirale!

David Kurz, SO

Internationale Arbeiter*inneneinheit gegen Krieg und Unterdrückung

Die russischen Invasion in der Ukraine hat mittlerweile eine große Zahl ziviler Opfer verlangt - wir verurteilen diese aufs Schärfste. Der russische Angriff ist eine Zuspitzung von Konflikten verschiedener imperialistischer Mächte, zwischen Russland und der NATO, den USA und China. Er ist eine Folge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes um Macht, Einflusssphären, Rohstoffen und Absatzmärkte. Auch die EU-Länder haben ihre Eigeninteressen, die unterschiedlich gelagert sind. Leidtragende sind auf allen Seiten die Menschen aus der Arbeiter*innenklasse die direkt oder indirekt unter den Folgen leiden. Daher sprechen wir uns gegen Sanktionen aus, da diese die russische Bevölkerung treffen und diese Putin in die Arme treiben. Es darf kein Vertrauen weder in Putin, noch Selensky, noch die NATO, die EU, die USA oder die österreichische Regierung geben. Sowohl Russland als auch die Ukraine werden von Oligarchen regiert. Wir verurteilen die Putin Regierung, aber kritisieren auch Selenskis Politik der Privatisierung und gegen Minderheiten und Gewerkschaften. Wir sind gegen den Krieg und kämpfen für die Einheit der arbeitenden Bevölkerung über Landesgrenzen hinweg - sowohl der russischen wie auch der ukrainischen Bevölkerung. Die Arbeiter*innen und Armen aller Länder müssen sich organisieren und gegen Krieg, Unterdrückung, Aufrüstung und Kapitalismus kämpfen. Gleichzeitig braucht es ein sozialistisches Programm, das auch das Selbstbestimmungsrecht sowohl der ukrainischen Bevölkerung wie auch der russischen Bevölkerung in der Ostukraine und anderen ethnischen Minderheiten garantiert.

Neutralität?

Gleichzeitig muss die Aufrüstungsspirale durchbrochen werden. Länder wie Deutschland aber auch Österreich benutzen die Angst der Bevölkerung um die Rüstungsbudgets zu erhöhen. Die Angst ist verständlich - aber die Kriegsgefahr wächst dadurch noch weiter. Teile der österreichischen Linken (z.B. die KPÖ und die KPÖ Graz), aber auch die FPÖ berufen sich auf die Neutralität. Viele Menschen unterstützen die Neutralität aus dem Wunsch nach Sicherheit und Frieden heraus. Die Unterstützung für Neutralität drückt auch die Ablehnung von Aufrüstung oder NATO-Beitritt aus. Der Slogan ist aber nur begrenzt hilfreich. So argumentiert z.B. die FPÖ, dass es Aufrüstung braucht um die Neutralität zu verteidigen. Auch die Regierung verspricht Neutralität. Das ist einerseits Ausdruck der Stimmung in der Bevölkerung, andererseits aber der Interessen des österreichischen Kapitalismus, der Handel mit beiden Seiten betreibt. Österreich ist noch stärker als Deutschland von russischem Gas abhängig, Österreichs Banken sind in Russland und der Ukraine stark engagiert. Die Neutralität ist aber durchaus mit Militäreinsätzen und Aufrüstung vereinbar - des Bundesheer hat sich regelmäßig an Einsätzen beteiligt wie z.B. der Eufor oder der UN-Truppen am Balkan. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass der Druck in Richtung Nato-Beitritt stärker wird. Die KP-Graz ist jene linke Kraft die am meisten Öffentlichkeit bekommt. Sie oszilliert zwischen Flirts mit Unterstützung der ehemals stalinistischen Regime (die Kräfte um Murr) und einer Beschränkung darauf, Neutralität einzufordern (Kahr). Stattdessen wäre es viel klarer, wenn die KP-Graz bzw. die Linke „Nein zu Aufrüstung, Nato-Beitritt, Krieg und Kapitalismus“ sagen würde.

Nein zu rassistischer Hetze - mehr Ressourcen und gleiche Löhne für alle in Österreich lebenden Menschen

Bereits zum 1. April waren bereits 7 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es ist gut wenn vielen von ihnen in Österreich Asyl geboten wird, gleichzeitig ist es nötig genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, für Wohnraum, Bildung und Gesundheit. In Wien stehen z.B. bis zu 100.000 Wohnungen leer. Diese sollten in öffentliches Eigentum überführt und zur Verfügung gestellt werden, anstatt aufgrund von Spekulation leer zu stehen. Investitionen in Bildung und Gesundheit müssen erhöht werden - anstatt das Rüstungsbudget. Ganz offensichtlich ist nämlich für Aufrüstung plötzlich Geld da! Gleichzeitig darf nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen unterschieden werden. Es muss für gleiche Löhne für alle Arbeitskräfte unabhängig ihrer Herkunft gekämpft werden, damit aus der Ukraine geflüchtete nicht für Lohndruck eingesetzt werden können. All das ist wichtig, damit die FPÖ und ähnliche Kräfte die Situation nicht für Hetze ausnutzen können. Ein Bruch mit dem Kapitalismus und eine echte demokratische sozialistische Gesellschaftsveränderung beginnend in der Ukraine, die volle demokratische Rechte aller ethnischen Minderheiten achtet, könnte die Arbeiter*innenklasse weltweit inspirieren um die Spirale von Krieg und Aufrüstung endlich zu beenden.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der ArbeiterInnenklasse erkämpft werden.

Aktuelle Artikel zu internationalen Entwicklungen und Fragen:
www.socialistischeoffensive.home.blog
www.socialistworld.net

Frankreich: Mélenchon zeigt Möglichkeit Linke aufzubauen

Von David Kurz, SO

Macron hat erneut die Präsidentschaftswahlen für sich entschieden. Wie 2017 setzte er sich in der zweiten Runde gegen Le Pen durch, wobei es diesmal knapper war. Nur 38,5% aller Wahlberechtigten für ihn gestimmt, 2,2 Millionen Menschen haben weiß gewählt. Macrons Präsidentschaft wird eine sehr instabile sein.

Große Polarisierung und Wut

Die erste Runde drückte die Polarisierung aus, die schon seit einiger Zeit in Frankreich herrscht und sich weiter zuspitzt. Es gibt drei große Blöcke – um Macron als Vertreter der Herrschenden, Le Pen als Rechtspopulisten und um Mélenchon als Vertreter der Linken. Die Partei Socialiste wie auch die traditionell Konservativen wurden auf lediglich ein paar Prozentpunkte reduziert. Schon vor der zweiten Runde war klar, dass wer auch immer diese Wahl gewinnt, vor einem tief gespaltenem Land steht, mit hohem Potential an Widerstand und Unzufriedenheit.

Linke einen

Allerdings hätte die zweite Runde völlig anders aussehen können, wenn die französische Linke sich geschlossen hinter Mélenchon und seine France Insoumise / Union Populaire (FI/UP) gestellt hätte. Nur knapp 421.000 Stimmen haben gefehlt, um Mélen-

chon in die zweite Runde zu schicken. Mélenchon hat sehr gut abgeschnitten. Das ist auf sein kämpferisches Programm zurückzuführen, das Erhöhung des Mindestlohns, Rückkehr zur Rente mit 60 statt 65, Verteidigung der öffentlichen Dienste beinhaltet. Aufgrund seines Erfolges insbesondere bei den Jungen und in den Banlieus der Großstädte (zum Teil bis an die knapp 50%) hat er den zweiten Platz in der Vorwahl nur knapp verpasst. Die verpasste Stichwahl sollte das erzielte Ergebnis aber als Ermutigung für die kommenden Kämpfe aufgefasst werden.

Le Pen ist keine Alternative

Auch wenn Le Pen im ersten Wahlgang Stimmen an den rechtsextremen Kandidaten Zemmour verloren, drückt ihr Erfolg die Unzufriedenheit einer bestimmten Schicht aus. Am meisten Stimmen erzielte Le Pen in den ländlichen Gebieten, die unter der Deindustrialisierung gelitten haben. Unter den jungen Wählern schafft sie es aber auch hier nur auf Platz 3 hinter Mélenchon und Macron. Sie gibt vor die „Sprache des Volkes“ zu sprechen und gegen Kaufkraftverlust zu kämpfen. Der Rechtspopulismus muss bestimmte Teile seines Programms aber in den Hintergrund stellen, um erfolgreich zu sein: In Wirklichkeit steht sie nämlich für eine Schwächung der Kollektivverträge, die Unternehmerinnenbeiträge sollen abgeschafft, Streiks in bestimmten öffentlichen Diensten verboten werden.

Neue Arbeiter/innenpartei nötig!

Wir brauchen eine Partei die sowohl gegen die extreme Rechte wie auch gegen den Kapitalismus kämpft um ihn durch Sozialismus zu ersetzen. Also durch eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft in öffentlichem Eigentum ist, unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen steht und die die Bedürfnisse aller berücksichtigt. Deshalb unterstützen wir die FI/UP, aber werben darin gleichzeitig für Unterstützung für ein revolutionäres Programm sowie den Aufbau einer revolutionären Organisation, um dieses umzusetzen. Schon 2017 hätten Schritte ergriffen werden müssen, die Bewegung um FI/UP demokratischer zu strukturieren. FI setzt nun Schritte in Richtung linkes Bündnis für die Parlamentswahlen. Wir unterstützen dies, allerdings sollte ein Bündnis auf der Basis eines klaren Programms stehen. Dabei sollte nicht rein auf die Wahlebene orientiert werden, sondern gegen mögliche Reformen Macrons jetzt schon mobilisiert werden. Es ist klar dass es Protestbewegungen und Klassenkämpfe geben wird – z.B. wenn Macron wie angekündigt das Pensionsalter anhebt. Die Gewerkschaften, die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und die Kampforganisationen müssen bereits im Mai einen massiven und kämpferischen Warnstreiktag vorbereiten.

Nein zu Leistungsdruck in der Schule!

Ende Jänner hatten zwei Schulstreiks stattgefunden – einerseits wegen der Coronamaßnahmen der Regierung, andererseits weil heuer bei der Matura keine Rücksicht genommen wird auf die Belastung der SchülerInnen durch die Pandemie.

Zwei Jahre Belastung und Isolation

SchülerInnen leiden seit fast zwei Jahren unter den Auswirkungen der Pandemie – auf sich allein gestellt sein im Homeschooling (oft auf wenig Raum, mit fehlendem Equipment und wackeligem WLAN), emotionale Belastung, Isolation und kein soziales Leben face to face... Viele haben Mental Health Issues und diverse Lerndefizite. Dennoch wird von ihnen erwartet dass sie funktionieren.

Nur Spitze des Eisbergs

Dass bei der Matura darauf keine Rücksicht genommen wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Bereits in den Jahren davor hatte es immer wieder Proteste gegen das starre standardisierte System der Zentralmatura gegeben, die im Namen der Vergleichbarkeit auf dem Markt keine Rück-

sicht auf individuelle Schwächen zulässt. Schulen an Standorten mit sozialen Problemen sind dabei benachteiligt.

Lernen für den Kapitalismus

Das eigentliche Problem ist eine Schule, die völlig auf das kapitalistische Profitsystem ausgerichtet ist – sie lebt von Stress, Konkurrenz und Leistungsdruck und produziert im Grunde Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt. In den Volksschulen gibt es zum Teil immer wieder Versuche von Reformpädagogik. Aber damit ist spätestens beim Übergang in die weiterführende Schule Schluss. Die Trennung in Mittelschule und Gymnasien bedeutet Lernstress schon in der Volksschule (trotz Reformpädagogik) und 2-Klassenbildung – stattdessen sollte es eine Gesamtschule geben, die diesen Namen auch verdient, mit einer Anhebung der finanziellen Ressourcen, sodass eine gemeinsame Schule bessere Bildung für alle bietet. Denn in den letzten Jahrzehnten wurde bei der Bildung immer wieder der Sparstift angesetzt. Die Universitäten sollten frei zugänglich sein für alle – ohne Zugangsbeschränkungen oder Studiengebühren und ohne Matura als Voraussetzung.

Imagine no Leistungsdruck

Leistungsdruck ist ein gesamtgesellschaftliches Problem – und hat damit zu tun, dass wir uns nach Ende der Ausbildung einen Job suchen müssen. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre Schule völlig anders zu denken – ohne Leistungsdruck, Konkurrenzstreben und Lernstress. Die Freunde am Lernen stünde dann tatsächlich im Vordergrund.

Wie Bewegung an den Schulen aufbauen?

Eine Bewegung an den Schulen müsste die Fragen von Leistungsdruck – die alle SchülerInnen betreffen – aufgreifen, eine Aufweichung der Zentralmatura hin zu mehr Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der einzelnen Schulen und SchülerInnen aber auch mehr und bessere Ressourcen für die Schulen fordern. Vor allem aber müsste sie thematisieren, dass es das kapitalistische System ist, das zu Leistungsdruck und Bildungsabbau führt, anstatt die Talente der SchülerInnen zu entwickeln.

Leben wird immer teurer - Reallohnsteigerung erkämpfen! Löhne rauf - Preise runter!

Von Laura Rafetseder, SO

Die Inflation geht durch die Decke – erst die Lieferkettenschwierigkeiten durch die Pandemie und nun durch den Ukrainekrieg. Eine Krise folgt im Moment auf die andere.

Die Dominosteine der kapitalistischen Weltwirtschaft und der globalen Aufgabenteilung fallen einer nach dem anderen um: Keine Chips für Autos und Consumer-Geräte, Pandemiebedingte Ausfälle in China, Staus, Containermangel und steigende Transportkosten in der Schifffahrt, keine Finanztransaktionen nach und für Russland, der Krieg erhöht Öl- und Gaspreise weiter, keine Kabelbäume für die Autoindustrie in Westeuropa und folglich Kurzarbeit, kein Dünger oder Weizen aus der Ukraine mehr und daher steigende Lebensmittelpreise in jenen Ländern die davon abhängen. Mit der steigenden Inflation werden auch die Mieten durch die Indexanpassung der Richtwertermieten per 1. April erhöht. Im März lag die Inflation bei 6,8% - mit der Aussicht auf weiter steigende Teuerung. Butter wurde im März um 21% teurer, Salat um 25%, Milch um 12%. Am stärksten belastet sind die unteren Einkommensschichten, da Lebensmittel, Energie und Mieten hier den größten Anteil ausmachen.

Ursache Kapitalismus

Ursache ist das kapitalistische System an sich das aufgrund steigender Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten zu Kriegen wie jenem in der Ukraine führt, es ist ein Kapitalismus der so billig wie möglich produzieren lässt, selbst wenn das enorme Transportwege bedeutet. Es ist ein Kapitalismus der auf Wettbewerb zwischen Unternehmen und herrschenden Klassen um Macht, Profite und Reichtum basiert, nicht der Planung des Einsatzes von Ressourcen, Rohstoffen und Arbeitskräften im Interesse aller. Es ist ein Kapitalismus der unfähig ist eine tatsächliche Energiewende zu vollziehen, weil der Energiesektor profitgetrieben und zum Großteil in privaten Händen ist. Es ist ein chaotisches System das extrem ineffizient ist in der Bekämpfung der Probleme die es schafft. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir alle fühlen es: das Leben wird immer teurer, selbst mit 40-Stunden-Job wird das Geld immer knapper.

Verzicht ist keine Lösung

Die Lösung für die Energiekrise ist nicht individueller Verzicht. Viele wissen nicht wie sie sich das Heizen noch leisten können. Mieter/innen in den Städten die auf Gasheizung angewiesen sind können nicht einfach auf andere Energieformen umsteigen. Weniger heizen im Winter könnte in einer weiteren Covid-Welle zu heftigeren Verläufen führen. Menschen am Land wo der öffentliche Verkehr fehlt können nicht plötzlich das Auto stehen lassen – wie sollen sie in die Arbeit kommen? Die Lösung für die steigenden

Lebensmittelpreise ist nicht „Gürtel enger schnallen“. Denn den Gürtel enger schnallen die Arbeitnehmer/innen – während die Profite in den Taschen der Konzerne landen. Die Regierung hat ein 4-Milliarden-Paket zur Entlastung beschlossen (u.a. Energiegutschein, Senkung der Energieabgabe, Erhöhung der Pendlerpauschale) – das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dass sie dies überhaupt erwogen hat, zeigt, dass es möglich ist, sie unter Druck zu setzen – und das noch mehr wenn der ÖGB mobilisiert und es zu einer Bewegung kommt.

Lüge Lohn-Preis-Spirale

Denn egal was die Regierung diskutiert um die Preisanstiege erträglicher zu machen, eines diskutiert sie ganz sicher nicht: Höhere Löhne, Pensionen, Arbeitslosengeld für die Beschäftigten. Genau das braucht es aber. Die Kapitalist/innen argumentieren, dass mit höheren Löhnen eine Lohn/Preis-Spirale in Gang gesetzt würde, aber das stimmt nicht: Höhere Löhne schmälern nur die Profite der Unternehmen. Ob die Unternehmen die höheren Löhne in Form von Preiserhöhungen weitergeben, kommt darauf an ob sie ihre Güter überhaupt zu höheren Preisen loswerden können. Es ist auch eine Sache des Kräfteverhältnisses und könnte durch Preiskontrollen verhindert werden.

6% sind zu wenig! Reallohnsteigerungen erkämpfen!

Der ÖGB hat eine Petition zur Senkung der Preise gestartet, in der er für die Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie und Verkehr argumentiert. Katzi-an kritisiert zurecht, dass beim Paket der Regierung die Erhöhung der Lebensmittelpreise überhaupt nicht berücksichtigt werden. Und die Frühjahrslohnrunden wurden mit Elektro, Papier und Chemie mit einer Forderung nach 6% Erhöhung gestartet – dort gab es bereits Betriebsversammlungen. Das sind gute erste Schritte, aber nicht genug – der ÖGB muss für diese Forderungen Streiks organisieren und darf nicht einknicken sobald er bei 4% angelangt ist. Die Strategie des ÖGBs ist, erst mehr zu fordern und dann nachzugeben, bis man sich in der Mitte trifft. Aber dann muss entweder mehr als 6% gefordert werden oder der ÖGB muss Kämpfe so (lange) organisieren, dass tatsächlich 6% Abschlüsse herauskommen. Denn das ist das Minimum um Lebensstandards aufrecht zu erhalten. Katzi-an argumentiert auch, dass die Lohnrunden die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt als Basis haben. Das berücksichtigt aber nicht die Perspektive von weiter steigender Inflation – die Menschen brauchen das Geld jetzt. Die Beschäftigten müssen selbst demokratisch über Verhandlungsergebnisse entscheiden können. Die Gewerkschaften müssen für Nachschlagserhöhungen in den Branchen die bereits abgeschlossen haben kämpfen, sowie für Reallohnsteigerungen bei jenen die noch ausstehen. Letztlich müsste der ÖGB für eine automatische Inflationsabgeltung bei den Lohnrunden kämpfen.

Energiesektor zur Gänze in öffentliches Eigentum!

Es braucht die Überführung jener Teile des Energiesektors in die öffentliche Hand, der noch nicht in öffentlichem Eigentum ist und dann rigorose Preiskontrollen. Gleichzeitig kann das genutzt werden um demokratisch geplant auf nachhaltige Energie umzusteigen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs am Land ist längst überfällig. Die Preise für Lebensmittel, Wohnen, Energie müssen staatliche begrenzt werden. Die KPÖ Graz hat in Graz angekündigt Mieten und Gebühren nicht zu erhöhen – es ist Zeit das andere Kommunen nachziehen. Öffentlicher Verkehr muss kostenlos werden. Finanziert werden muss das durch den Reichtum den es im Lande ja gibt. Öffentliche Gelder dürfen nicht in Aufrüstung fließen. Im Moment beschlagnahmt der Westen das Eigentum der Oligarchen und Russland jene Firmen die abziehen. Aber nicht nur die russischen Oligarchen haben immensen Reichtum angehäuft, auch „unsere“ „Oligarchen“ verfügen über erheblichen Reichtum. Auch dieses muss in öffentliches Eigentum, die großen Unternehmen und Industrie, aber gleichzeitig muss die demokratische Kontrolle – was damit geschieht – bei der Arbeiter/innenklasse liegen und die Wirtschaft demokratisch entlang der Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt anstatt nach Profitinteressen geplant werden.

Streiks konsequent und demokratisch führen!

Es gab im März bereits Kämpfe – Warnstreiks im Bankensektor und Betriebsversammlungen der Kindergartenpädagog/innen (die nach wie vor sensationell unterbezahlt sind) für mehr Geld und bessere Betreuungsschlüssel. Bei Elektronik, Chemie und Papier stehen Kämpfe an. Hier muss angesetzt werden. Streiks müssen demokratisch organisiert werden, es muss demokratische Entscheidungen über Verhandlungsergebnisse geben. Die Kämpfe die es gibt müssen vereint werden – denn gemeinsam ist man schlagkräftiger. Die Gewerkschaften sollten eine bundesweite Demonstration gegen die Teuerung mit der Forderung nach Rücknahme der Erhöhung der Richtwertermieten, höheren Löhnen und Preiskontrollen organisieren. Gleichzeitig müssen sie sich gegen die Ursachen wenden – Kapitalismus, Krieg und Aufrüstung. Wir brauchen eine Partei die all diese Forderungen bündelt – die KP Graz und Links sollten eine Initiative entlang eines solchen Programms setzen, damit Arbeitnehmer/innen endlich eine Stimme haben – entgegen des Chores jener Parteien die den Kapitalismus verteidigen.

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!